

Präambel


Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und des § 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKOmVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 228) und des §§ 84 Abs. 3 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46) zuletzt geändert durch § 4 durch Art. 2 des Gesetzes vom 23.07.2014 (Nds. GVBl. S. 206) hat der Rat der Stadt Melle diesen Bebauungsplan "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Satzung beschlossen.

Melle, 29.10.2022


Die Bürgermeisterin

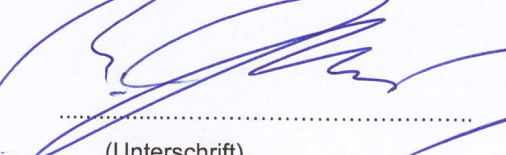
Verfahrensvermerke


1. Planunterlage
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Maßstab: 1:1000
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung 2021


Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 23.05.2022). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen gemessungsgerecht einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Melle, den

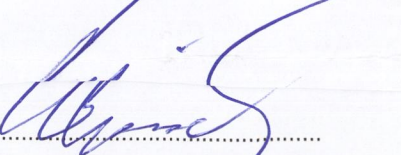
Vermessung Streif
49324 Melle


(Unterschrift)



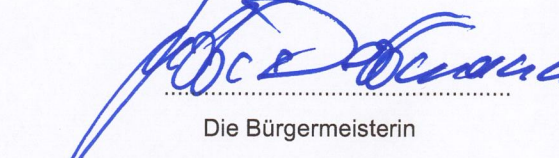

2. Planverfasser
Der Verfassungsausschuss der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 13.07.2021 die Aufstellung des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" beschlossen.
Planungsbüro Wiener
Rosenstraße 7
26529 Marienhäfe

Marienhäfe, 21.11.2022


(Dipl.-Ing. T. Wiener)

3. Aufstellungsbeschluss
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 13.07.2021 die Aufstellung des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 17.07.2021 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Melle, 29.10.2022


Die Bürgermeisterin

4. Frühzeitige Beteiligung
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 13.07.2021 die frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 17.07.2021 ortsüblich bekanntgemacht. Der Vorentwurf des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" und die Begründung haben vom 26.07.2021 bis einschließlich 05.09.2021 gemäß § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich ausliegen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt.

Melle, den 29.10.2022


Die Bürgermeisterin

5. Öffentliche Auslegung
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Melle hat in seiner Sitzung am 10.05.2022 die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 31.05.2022 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" und die Begründung haben vom 30.05.2022 bis einschließlich 01.07.2022 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Melle, den 29.10.2022


Die Bürgermeisterin

6. Satzungsbeschluss
Der Rat der Stadt Melle hat den Bebauungsplan "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" mit den enthaltenen örtlichen Bauvorschriften sowie die Begründung nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 BauGB in seiner Sitzung am 12.10.2022 als Satzung (§ 10 BauGB) beschlossen.

Melle, 29.10.2022


Die Bürgermeisterin

6. Inkrafttreten
Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" ist gemäß § 10 BauGB im Amtsblatt der Stadt Melle für den Landkreis Osnabrück bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" einschließlich der örtlichen Bauvorschriften ist damit am 25.03.2023 rechtskräftig geworden.

Melle, 25.03.2023


Die Bürgermeisterin

7. Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften
Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht worden.

Melle,


Die Bürgermeisterin

8. Mängel des Abwägungsvorganges
Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplans "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" sind Mängel der Abwägungsvorganges nicht geltend gemacht worden.

Melle,


Die Bürgermeisterin



Planungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 BauGB i.V.m. BauNVO)

1. Sondergebiet (SO) „Photovoltaikanlagen“
Das SO „Photovoltaikanlagen“ dient der Errichtung von baulichen und technischen Anlagen zur Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie (Photovoltaikanlagen) sowie zur Einspeisung/Weiterleitung des gewonnenen Solarstroms in das öffentliche Stromnetz.
Zulässig sind:
- Bauliche und technische Anlagen zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie (erforderliche Nebenanlagen (z.B. Trafos, Wechselrichter und Speicher)
- technische Anlagen zur Weiterleitung des Stromes (z.B. Erdkabel)
- Zuwegungen
- Einfriedungen
- 1.1 Bodennutzung des Sondergebietes (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
Für die Bodennutzung des Sondergebietes, auch außerhalb der Photovoltaikmodule, wird eine extensive Grünlandnutzung festgesetzt.
Die vorfindende offene Bodenfläche innerhalb der umfakten Flächen des Geltungsbereichs ist als Extensivgrünland zu bewirtschaften. Der Einsatz ist ausschließlich zertifiziertes regional gewonnenes und vermehrtes Saatgut zu verwenden (Ursprungsgebiet UG 2 - Westdeutsches Tiefland mit Unterein Weatbergland).
2. Gebäude- und Anlagenhöhen (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m § 18 BauNVO)
Die maximale Gebäude- bzw. Anlagenhöhe (höchster Punkt Oberkante (Anlage) wird auf 3,50 m über Oberkante gewachsene Geländeoberfläche (nach § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) festgesetzt.
Die Unterkante der Photovoltaikmodule muss mindestens 0,80 m über Oberkante der gewachsenen Gelände- Oberfläche (gem. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO) liegen.
3. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Im Teilungsbereich A sind auf der Fläche für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Luftreinigungs Photovoltaikanlagen) ausschließlich Solarmodule in einer Aufstellung mit einem Abstand von 210 zulässig.
Die im Teilungsbereich A liegende Fläche für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen ist der festgesetzte Anpflanzung mit einer mindestens einjährigen Schutzschicht gemäß Bepflanzungsplan herzustellen.
Durch den Teilungsbereich B wird keine Gefährdung durch Blendung zu den Wohngebäuden und zum angrenzenden Straßenverkehr der Bundesautobahn A30 hervorgerufen. (vgl. Blendungswerte, S. 35 Punkt 8)
4. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
Anlage einer Streuobstwiese
Auf der festgesetzten privaten Grünfläche mit maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft erfolgt die Anlage einer extensiv genutzten Streuobstwiese. Die Obstbaumpflanzung erfolgt mit Hochstämmen mit einem Mindest-Stammumfang von 12-14 cm. Die Bäume sind mit einer Mindestzahl von 25 Exemplaren umgeben und mit Pflanzstäben von 12-15 m auf der Fläche anzuordnen. Die Gehölze sind dauerhaft zu pflanzen. Ausfälle sind in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen.
- Pflanzliste A - Obstgehölze:
Apfel: Goldrenette von Blenheim, Schöner von Boskoop, Borkenapfel, Grauenseller, Jakob Lebel, Kaiser Wilhelm, Lippoldsbeger
Tiefblau:
- Birne: Blumenbachs Butterbirne, Güte Luse, Kreuzbirne, Quene
- Kirsche: Große Schwarze Kirsche, Kirsche
- Zwischelfrucht: Böhler Frühzwischelfrucht
- Die Wiese wird mit geeignetem Regiosaat für Blühweiden angelegt. Sie wird einer extensiven Pflege durch zweimalige Mahd pro Jahr (erster Schnitt frühestens ab Mitte Juni, zweiter Schnitt im September) oder einer Schafbeweidung unterzogen. Auf die Anwendung synthetischer Dünger und Pestizide ist zu verzichten. Pflegemaßnahmen und Nachsaat erfolgen nur nach vorheriger Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Osnabrück. Die Lagerung von Materialien und Stoffen jeglicher Art auf der Fläche ist untersagt.
- Als visuelle Abgrenzung zur nördlich angrenzenden Sonderaufsicht erfolgt entlang des Zaunes eine durchgehende 5 m breite Strauchpflanzung (Gehölzqualitäten und Pflanzliste A Teilfläche Festsetzung Nr.5, Pflanzliste A).

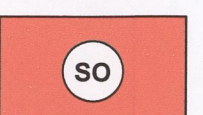
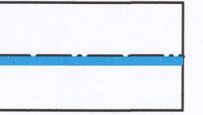
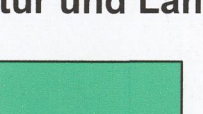
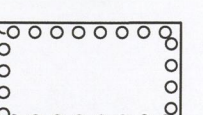

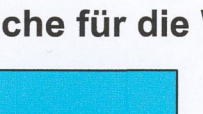


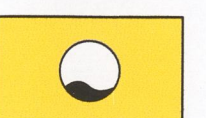
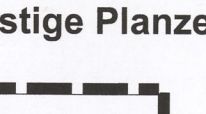
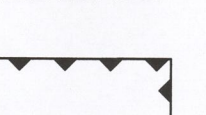
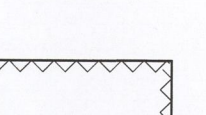

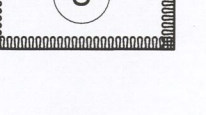
5. Flächen zum Anpflanzen von Blumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
Auf den gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe a BauGB festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern (Pflanzenauswahl: Pflanzliste A) sind die Gehölze entsprechend den anerkannten Regeln der Technik zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und nach Abgang zu ersetzen. Der Pflanzabstand der Sträucher zueinander beträgt 1 x 1 m. Die Sträucher sind in Pflanzgruppen à 10-15 Pflanzen/Art zu setzen. Pflanzqualität: Sträucher: vSt., ab 3 Tr. Für Gehölze ist das Herkunftsgebiet 4 (Westdeutsches Bergland und Oberrhein) auszuwählen.
- Pflanzliste A:
- | Deutscher Artenname | Botanischer Artenname |
|---------------------|-----------------------|
| Hartriegel | Cornus sanguinea |
| Hasel | Corylus avellana |
| Weißdorn | Crataegus laevigata |
| Reifenhorn | Crataegus monogyna |
| Reifenhorn | Eucornia europaea |
| Faulbaum | Fraxinus alnus |
| Heckenkirsche | Lonicera xylosteum |
| Schlehe | Prunus spinosa |
| Rosa | Rosa carolina |
| Schwarzer Holunder | Sambucus nigra |
| Schneeball | Viburnum opulus |
- Im Bereich des nördlich angrenzenden Überschwemmungsgebietes kann in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück ein größerer Pflanzabstand durchgeführt werden. Der Pflanzabstand wird in einem wasserrechtlichen Antrag festgelegt gem. § 7a WHG.
6. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, hier: Anpflanzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 44 BNatSchG)
Aufgrund der Flursprachnahme eines nachgewiesenen Lebensraumes für den Kiebitz wird eine funktionserhaltende Maßnahme (CEF-Maßnahme) nach folgenden Maßgaben durchgeführt. Die Maßnahme befindet sich in der Gemarkung Gesmold, Flur 6, Flurstück 101/5. Auf einer Fläche von rund 2 ha wird ein Ersatzbiotopraum mit sog. Klebtz-leasen, Extensivgrünland, Blühstreifen und Blühflächen geschaffen (Maßnahmenbeschreibung: siehe Begründung). Der Erfolg der Maßnahme ist durch ein Monitoring nach geläufiger Vorgabe zu überprüfen. Es erfolgen in den ersten 3 Jahren jährlich zweimal im Zeitraum von Ende März und Ende April die Kontrollen zum Vorkommen von Klebtz auf der Fläche und zum Zustand der Fläche.

Örtliche Bauvorschriften

(§ 84 Abs. 3 NBauO)

1. Einfriedungen
Einfriedungen sind bis zu einer Höhe von 3,50 m inklusive Obersteckschutz zulässig. Als Einfriedungen sind nur Holzzaune, Metallzaune, lebende Hecken aus standortgerechten heimischen Gehölzen oder eine Kombination aus Hecke und Zaun zulässig. Zaunlatten sind in einer Höhe von mind. 5 cm über GOK (Geländeoberkante) zwecks Schaffung einer Durchschlagsmöglichkeit für Kleinsäuger auf Gestellen. Lebende Hecken dürfen eine Höhe von ca. 3,50 m über der natürlichen Geländeoberfläche am Grundstücksrand nicht überschreiten und sind regelmäßig auf die zulässige Höhe zurück zu schneiden.
2. Flächen für die Wasserwirtschaft
Zweckbestimmung:
Überschwemmungsgebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
3. Wasserflächen (Entwässerungsgraben) (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Planzeichenerklärung (gem. PlanZV)

- Art der baulichen Nutzung
-  Sonstige Sondergebiete
Zweckbestimmung:
Photovoltaikanlage (§11 BauNVO)
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- GRZ 0,6 Grundflächenzahl
H max. 3,50 m Höchstmaß der baulichen Anlage in m über Geländeoberfläche
H min. 0,80 m Mindestmaß der baulichen Anlage in m über Geländeoberfläche
- Bauweise und Baugrenzen
-  Baugrenze (§ 23 BauNVO)
- Natur und Landschaft
-  Private Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
-  Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB) (s. planungsrechtliche Festsetzung Nr. 5)
-  Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) (s. planungsrechtliche Festsetzung Nr. 4)
- Fläche für die Wasserwirtschaft
-  Wasserflächen (Entwässerungsgraben) (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
- Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
-  Private Straßenverkehrsfläche
 Straßenbegrenzungslinie
- Versorgungsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 BauGB)
-  Wasserversorgung (Zisterne)
- Sonstige Planzeichen
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)
-  Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Luftreiniger Photovoltaikanlagen) (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) (s. planungsrechtliche Festsetzung Nr. 3)
-  Umgrenzung von Flächen die von der Bebauung freizuhalten sind (Räumstreifen) (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
- Nachrichtliche Übernahme
-  Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft
Zweckbestimmung:
Überschwemmungsgebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)
-  Baubeschränkungszone 100m Abstand zur Autobahn

Nachrichtliche Übernahmen

1. Innerhalb der Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 1 FStG entlang der Bundesautobahn (BAB) 30 (40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn) dürfen Hochbauten jeder Art nicht errichtet werden. Das gilt auch für Anlagen der Außenwerbung. Innerhalb der Bauverbotszone gemäß § 9 Abs. 2 FStG entlang der BAB 30 (100 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn) bedürfen genehmigungspflichtige bauliche Anlagen der Zustimmung durch die Straßenbaubehörde.
2. Der nördliche Teilbereich des Plangebietes liegt innerhalb eines Bereiches, der durch die Niedersächsische Landesbehörde für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK) als Überschwemmungsgebiet für die Elbe (100-jähriges Hochwasserereignis, HQ100) festgelegt wurde (§ 78 WHG, §115 NWG). Die für Überschwemmungsgebiete geltenden gesetzlichen Schutzvorschriften §§ 17 i. V. 78 WHG) werden beachtet. Gemäß § 78 Abs. 2 und 3 WHG kann die zuständige Wasserbehörde im Einzelfall Ausnahmen von den Schutzvorschriften zulassen. Bereiche im Überschwemmungsgebiet werden baulich nicht überbaut.
3. Der Anrancher gemäß § 44 BNatSchG ist auf der Umsetzungszone (der Realisierung der Bauvorhaben) sicherzustellen.
4. Für die schädliche Beseitigung des Oberflächenwassers sind die Grundstückseigentümer gem. § 98 Abs. 3 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) zuständig.

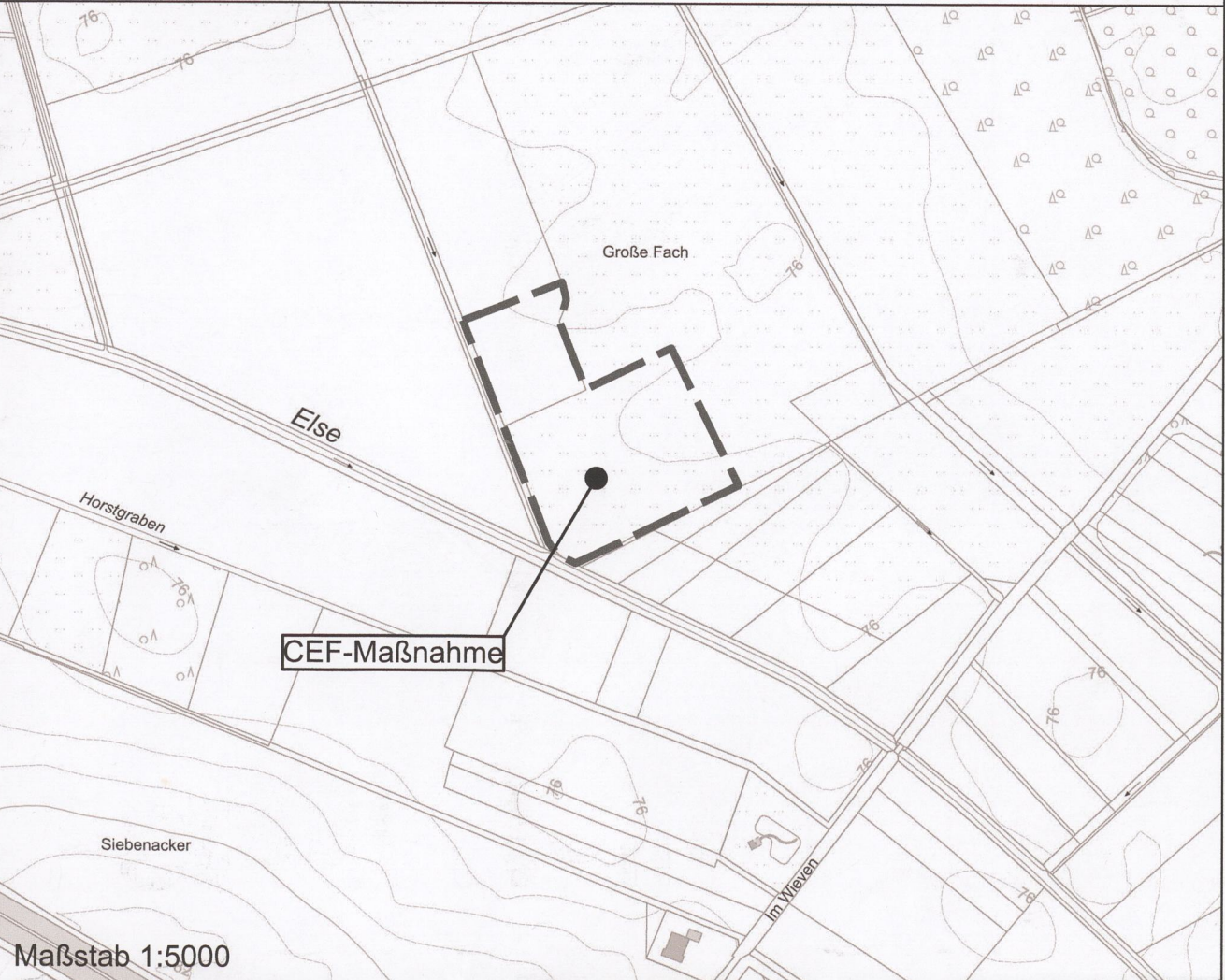
Hinweise

1. Von der Bundesautobahn 30 (BAB 30) gehen Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenabfuhr keine/Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.
2. Es wird gem. EEG 2021 auf einen Wildtierkorridor entlang der Bundesautobahn 30 (BAB 30) in einer Tiefe von 15m hingewiesen. Dieser ist nur bei einer Anwendung des EEG zu berücksichtigen.
3. Gerüche, Geräusch- und Staubimmissionen, die sich aus einer eventuellen Schafbeweidung ergeben können, sind in einer landschaftlich geprägten Umgebung als ortsüblich hinzunehmen. Ebenso sind emittierende Emissionen durch angrenzende landwirtschaftliche Nutzungen – wie Staub – in einer landschaftlichen geprägten Umgebung als ortsüblich hinzunehmen.
4. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Brandschutzes sind die Bestimmungen des Arbeitsblattes W 405 der techn. Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) einzuhalten.
5. Bei Tiefbauarbeiten ist auf vorhandene Versorgungsleitungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Im Bedarfsfall sind die jeweiligen Versorgungsträger um Anzeige der erdverlegten Versorgungseinrichtungen in der Örtlichkeit zu bitten.
6. Bei Baum- und Strauchpflanzungen im öffentlichen Bereich sind das DVGW-Regelwerk GW 125 und das „Merkiat über Baumstände und unterirdische Ver- und Entsorgungslagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Ausgabe 1989), insbesondere Abschnitt 3.2, einzuhalten.
7. Die Vorschriften zum besonderen Artenschutz nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), in der zuletzt geltenden Fassung, sind zu beachten. Zur Vermeidung des Tötungs- und Verletzungsrisikos, der Zerstörung oder Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und des Verbots von erheblichen Störungen für besonders und streng geschützte Arten (vgl. § 7 Absatz 2 Nummer 13 und Nummer 14 BNatSchG).
- a) Baumaßnahmen die Fortpflanzungs- und Ruhestätten von geschützten Vogel- und Fledermausarten beeinträchtigen können sind außerhalb der Brut- und Fortpflanzungszeit und der Winterzeit durchzuführen.
- b) Potenzielle Quartiere geschützter Vogel- und Fledermausarten sind rechtzeitig vor Beginn von Bauarbeiten auf dort lebende Tiere zu überprüfen (Sollten ein Tierbesatz in den Quartieren nicht sicher ausgeschlossen werden kann, müssen die Bauarbeiten von einem Vogel- oder Fledermauspezialisten begleitet werden).
- c) Zulässige Gehölzarbeiten (Fällen, Roden, Abschneiden und auf den Stock setzen von Bäumen, Hecken, Gebüsch und anderen Gehölzen) sind nur dann vorzunehmen, wenn dabei keine geschützten Vogel- und Fledermausarten getötet oder erheblich gestört werden und mit den Gehölzarbeiten keine Zerstörungen oder Beeinträchtigungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Vogelkasten, Baumhöhlen) geschützter Arten einhergehen. Zulässige Gehölzarbeiten sind in der Regel außerhalb der Vogelbrutzeit durchzuführen. Baumhöhlen sind rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten auf dort lebende Arten zu überprüfen. Sofern ein Tierbesatz in den Baumhöhlen nicht sicher ausgeschlossen werden kann, müssen die Fällarbeiten von einem Vogel- oder Fledermauspezialisten begleitet werden.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG berührt, ist eine Ausnahmeprüfung nach § 45 Absatz 7 BNatSchG bzw. Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.

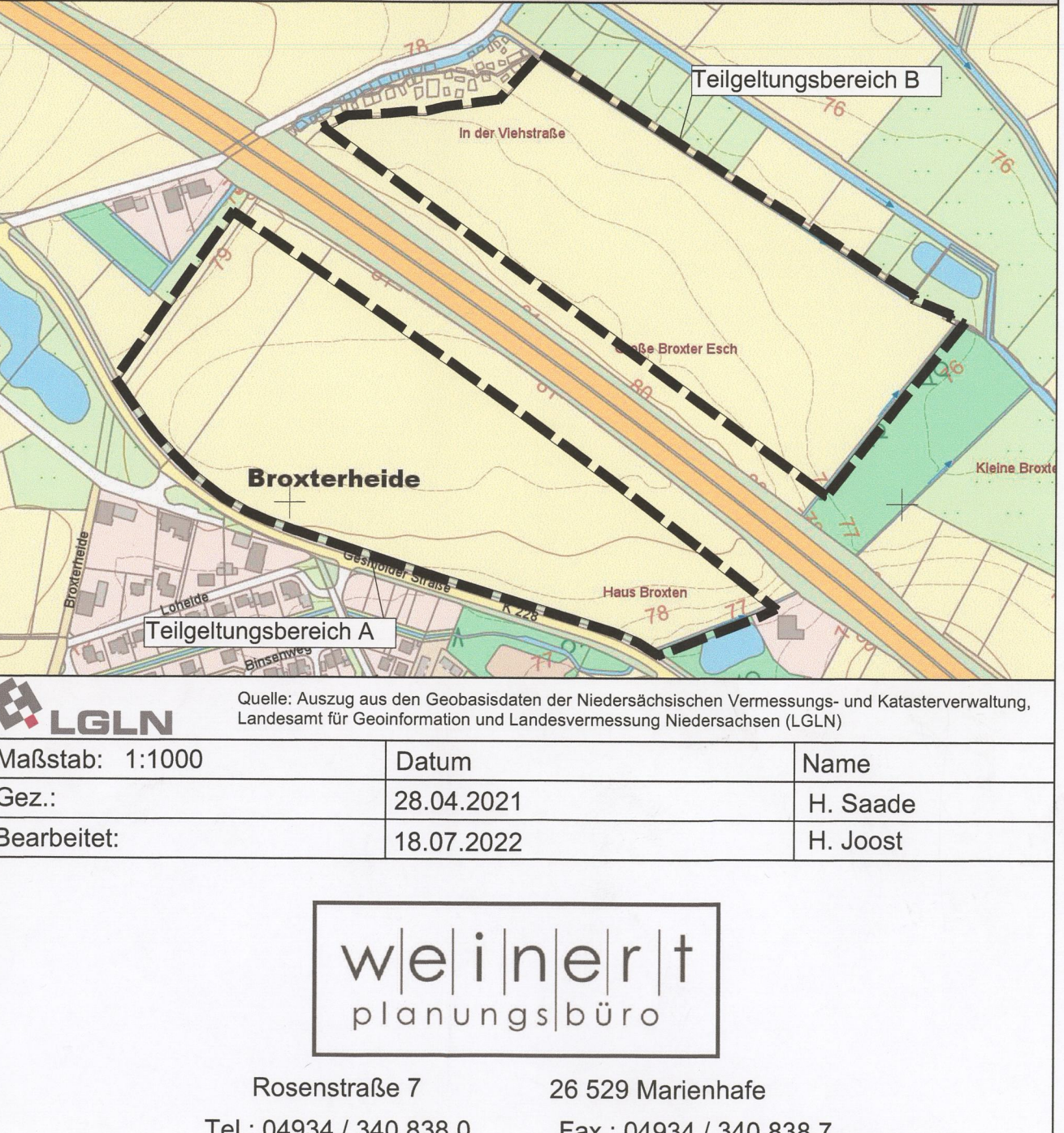
8. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder fröhgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlenasammungen, Schälchen sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden oder Denkmale der Erdgeschichte (hier: Überreste oder Spuren - z. B. Verstärkungen - die Aufschlüsse über die Entwicklung keltischer oder römischer Lebens in vergangenen Erdperioden oder die Entwicklung der Erde geben) freigelegt werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Denkmalbehörde des Landkreises Osnabrück (Stadt- und Kreisarchologie im Osnabrücker Land, Lotter Straße 2, 49078 Osnabrück, Tel. 0541323-2277 oder -4433) unverzüglich gemeldet werden. Meldenpflicht ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

CEF-Maßnahme



Stadt Melle

Bebauungsplan "Freiflächen Photovoltaikanlage Gesmold" - Urschrift -



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN)

Maßstab: 1:1000

| Datum | Name |
|------------|----------|
| 28.04.2021 | H. Saade |
| 18.07.2022 | H. Joost |

weihnert planungsbüro

Rosenstraße 7 26 529 Marienhäfe
Tel.: 04934 / 340 838 0 Fax.: 04934 / 340 838 7